

gewesen wäre. Selbstverständlich ist jede Art von Verallgemeinerung schwierig, umso mehr, wenn es um die historischen Gegebenheiten in mehreren Dutzend Gemeinschaften geht, die sich über hunderte Jahre ziehen. Natürlich gab es immer wieder Episoden von gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen und innerhalb von Gemeinschaften, Stämmen und Familien. Dies unterscheidet die Region jedoch nicht von anderen Regionen der Welt – die europäische Geschichte in diesem Zeitraum ist jedenfalls unvergleichlich blutiger.

Zugleich zeigt ein genaueres Studium der diversen Verhältnisse der Bevölkerungsgruppen untereinander ein differenziertes Bild. Migration vollzieht sich als ein gradueller Prozess des friedlichen Einsiedelns und pragmatischen Nebeneinanders, der auch Assimilation als langfristige Normalität mit sich bringen kann. Wie in den meisten anderen Weltgegenden ist eine kriegerische Tradition nicht zu leugnen. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen beschränken sich aber zumeist auf Episoden, die selten gesamte Gemeinschaften umfassen. Identitätskonstruktionen spielen in diesem Kontext nur eine sekundäre Rolle. Die Konflikte gestalten sich zumeist pragmatisch, entlang von geografischen Gegebenheiten, Weideland, saisonalen Migrationsrouten oder Siedlungsgebieten. Wenngleich sich die Auseinandersetzungen dieser Epoche ohne unterschiedliche Identitäten nicht erklären lassen, sind es keine Identitätskonflikte. Diese Dimension entwickelt sich erst in den kommenden Jahrzehnten mit der zielgerichteten und systematischen kolonialen Durchdringung der Region.

Periphere Integration

Das 18. und frühere 19. Jahrhundert sehen das erste Mal Ambitionen der systematischen militärischen Eroberung und der Integration des Gebietes des heutigen Südsudan in größere ökonomisch-politische Systeme. Diese Vorstöße, zunächst das vom ottomanischen Ägypten durchgesetzte *Turkiyya*-Regime und später die Kolonialepoche unter dem britisch-ägyptischen Kondominium, versuchten, den südlichen Sudan als eine strukturelle Peripherie in ihre Herrschaftssysteme einzugliedern. Doch die angestrebte periphere Integration bleibt unvollständig und abgerissen. Sowohl Turko-Ägypten als auch die britische Kolonialmacht scheitern an einer systematischen Integration der Region.

Die Turkiyya entsteht aus einer groß angelegten Offensive des ottomanischen Gouverneurs von Ägypten, Muhammad Ali Pasha. Nach seinem entscheidenden Sieg über die militärische Kaste der Mameluken im Jahr 1811 ziehen sich deren Reste in den Nordsudan zurück. Ihre Verfolgung, verbunden mit der Hoffnung auf natürliche Reichtümer wie Gold und Sklaven, motiviert Muhammad Ali zu einer Expedition nach Süden, die 1820 beginnt und drei Jahre andauert. Im Zuge der Invasion werden weite Teile des heutigen Südsudan Teil der Turkiyya, auch wenn sich das Shilluk-Königreich in Upper Nile dieser Eingliederung bis 1855 widersetzt. Der Großteil Equatorias wird überhaupt erst gegen Ende der Turkiyya, in den 1870er-Jahren, integriert. Dennoch stellt die ägyptische Expansion eine Wasserscheide dar, da sie das erste Mal einen Gutteil des späteren Sudan unter einer politisch-militärischen Autorität zusammenführt. Die Invasion verändert durch die erstmalige systematische Durchdringung des riesigen Gebietes die regionale Balance nachhaltig.

Nachdem sich Gold und andere Rohstoffe nicht im erhofften Ausmaß finden und ausbeuten lassen, entwickelt sich die Jagd auf Menschen und der Handel mit Versklavten zur hauptsächlichen Einnahmequelle. Organisierter Menschenhandel hatte sich im Sudan im Laufe des 18. Jahrhunderts etabliert. Baggara-Stämme, Arabisch sprechende, berittene, halbnomadische Pastoralisten, standen bereits seit Mitte des Jahrhunderts in Auseinandersetzungen mit Dinka-Gemeinschaften im südlichen Dar Fur und in der Region des heutigen Abyei. Dort entwickelt sich die nördlich von Abyei in West-Kordofan gelegene Stadt Muglad zu einem Zentrum der Menschenjagden (Beswick, 2004: 155). Dieses System ist jedoch immer wieder von friedlichen Phasen durchbrochen und keineswegs absolut. Francis M. Deng (1984: 137) etwa zitiert Geschichtserzählungen der Ngok Dinka, die von langjährigen freundschaftlichen Beziehungen mit Baggara-Stämmen berichten.

Die Notwendigkeit zur Entrichtung von Tribut führt zu einer markanten Zunahme des Menschenhandels bis in die 1870er-Jahre, die auch Bahr el-Ghazal nachhaltig destabilisiert. Mohammeds Truppen erreichen Gondokoro, den südlichsten Hafen des Weißen Nil nahe dem heutigen Juba, im Jahr 1840. Ab diesem Zeitpunkt entwickelt sich ein Handelssystem, das vorwiegend auf Versklavung, zu ökonomischen wie militärischen Zwecken, aufgebaut ist. Private Händler errichten befestigte Posten, zumeist nahe an Flüssen und mit Palisaden geschützt, sogenannte »Zara'ib«, von denen aus die Jagd nach Menschen, Elfenbein und anderen Gütern organisiert wird. Um diese

Posten herum entstehen häufig erweiterte Siedlungen der lokalen Bevölkerung.

Diese Zara'ib entfalten einschneidende soziale Wirkungen. Die Entwicklung der heute im Südsudan dominierenden Verkehrssprache, des sogenannten Juba Arabic, geht auf diese Zeit zurück. »In the *zara'ib*, Sudanese or Egyptian colloquial Arabic speakers formed a small minority in relation to the expanding population of soldiers, slaves, and servants captured or recruited within the south, among whom a military pidgin Arabic would develop into early varieties of South Sudanese Arabic.« (Leonardi, 2013: 356)

Das Zara'ib-System, das sich später zu einem formalisierten Standpfeiler der Turkiyya-Verwaltung entwickeln wird, ist für die meisten der in der Region lebenden Gemeinschaften die einzig sichtbare Manifestation organisierter Staatlichkeit. Und es prägt dieses Verhältnis in der kollektiven Erinnerung dieser Gemeinschaften fundamental. Der Staat wird zu einem bedrohlichen und hochriskanten Gegenüber, der versklaven, aber gleichzeitig politische und ökonomische Möglichkeiten anbieten kann. So etabliert das Zara'ib-System »a tendency for people to contract with external forces to try to secure protection and property rights« (Leonardi, 2015: 31-32).

Die Turkiyya endet in den 1880er-Jahren mit dem Mahdi-Aufstand, der 1885 zur Einrichtung des Kalifats von Omdurman bei Khartum führt und bis zur Niederlage gegen eine britisch-ägyptische Invasionstruppe im Jahr 1898 währt. Das Mahdi-Regime baut seine militärische Macht auf einem breit zusammengesetzten Heer auf, das hauptsächlich befreite Militärsklaven, die *jihad* umfasst. Neben zahlreichen Südsudanesen befinden sich unter ihnen Baggara-Stämme, die selbst in Menschenjagden engagiert sind.

Das Mahdi-Regime steht angesichts dieser bunten Zusammensetzung lange im vom späteren Sudan tradierten Ruf, die erste wirklich antikoloniale Bewegung gebildet zu haben. In Realität kann es in keiner Weise als integrativ nationalistisch oder gar antirassistisch verstanden werden. Im Gegenteil. »In many ways the Mahdist state developed its own form of internal colonialism.« (Johnson, 2016a: 6) Zugleich scheiterte das Mahdi-Regime daran, außerhalb weniger Garnisonen, die es von der Turkiyya übernehmen konnte, insbesondere die Hauptstadt des lange widerständigen Shilluk-Königreiches, Fashoda, und Bor, eine stabile Herrschaft im Süden des Sudan zu verankern. Dieses Scheitern an einer institutionellen Verankerung ihres Machtanspruches hat langfristige Konsequenzen.

Nach der Niederlage des Mahdi-Regimes gegen ein britisches Expeditionskorps mit signifikanter ägyptischer Unterstützung unter dem Kommando

von Herbert Kitchener in der Schlacht von Omdurman am 2. September 1898 übernimmt das britische Kolonialreich den Großteil des vormaligen Turkiyya-Gebietes. Anfang 1899 wird vertraglich ein Anglo-Ägyptisches Kondominium eingerichtet, das den Sudan formal bis zu seiner Unabhängigkeit kontrollieren wird. Für den Süden bringt dieser koloniale Machtwechsel zunächst keine merklichen Veränderungen mit sich. Anekdotische Berichte, wiedergegeben etwa von Cherry Leonardi (2015, mit Verweis auf Johnson, 2016a), erzählen, dass der Wechsel von ägyptischem zu britischem Militär- und Verwaltungspersonal, in dem sich die Herrschaft des Kondominiums zunächst faktisch ausdrückte, pragmatisch aufgenommen wird. »Europeans, Egyptians and northern Sudanese alike were classed as ›Turks‹ by most Southerners.« (Leonardi, 2015: 42) Ein Unterschied ist für viele tatsächlich schwer auszumachen, nachdem es zum Teil die gleichen nordsudanesischen Soldaten sind, die weiterhin die gleichen Gewaltakte begehen wie vor dem Machtwechsel. Ein Regime-Wechsel scheint für den überwiegenden Teil der Bevölkerung ohne vertiefte politische Kenntnisse kaum auszumachen gewesen sein.

Überhaupt verirren sich nur wenige britische Kolonialbeamte in die Region südlich von Fashoda, dem nördlichsten Zentrum des heutigen Südens. Fashoda selbst gelangt zu kurzem Ruhm in Europa. Im Jahr 1898, unmittelbar nach dem britischen Sieg gegen das Mahdi-Regime, treffen eine französische Expedition und britisch-ägyptische Truppen in der Stadt aufeinander. Die französische Kolonialmacht ist im Bestreben, die Kontrolle des Oberlaufs des Nil zu gewinnen, um damit »reminding the country of its true greatness, of its mission in the world«, wie es der Expeditionskapitän Jean-Baptiste Marchand ausgedrückt haben soll (zitiert nach Pakenham, 1991: 524). Die Hoffnung wird auch dadurch genährt, dass das Kolonialreich des belgischen Königs Leopold II. nach einem Gebietstausch in der Folge des Britisch-Kongolesischen Vertrages von 1894 die sogenannte Lado Enklave, die von Lado in der Nähe des heutigen Juba bis ins nördliche Uganda reicht, kontrolliert. Diese Enklave war für einen an Tanganjika, dem heutigen Tansania, grenzenden Gebietsstreifen des östlichen Kongo getauscht worden, den das britische Kolonialreich zu diesem Zeitpunkt für den Bau des letztlich gescheiterten Eisenbahnprojekts von Kapstadt nach Kairo benötigte.

Die Idee einer Expansion von Fashoda in den Süden scheitert aber umgehend. Obwohl der sogenannte Fashoda Incident die beiden Kolonialmächte in Europa an den Rand einer kriegerischen Auseinandersetzung bringt, bleibt das Aufeinandertreffen in Fashoda selbst freundschaftlich. Eine zehnfache Überlegenheit des britisch-ägyptischen Militärs motiviert die französi-

sche Expedition, schnell den Rückzug antreten. Die Episode der belgischen Kontrolle über den südlichsten Teil des Südsudan endet wenig später im Jahr 1910, kurz nach dem Tod des persönlichen Besitzers des belgischen Kolonialreiches, Leopold II.

Mit der Lebensrealität der in der Region lebenden Gemeinschaften hatten diese Ereignisse ohnehin nur bedingt etwas zu tun. Die de facto britische Verwaltung des Kondominiums hat alle Mühe, die Region in geeignetem Maß unter die Kontrolle einer kolonialen Governance zu bringen. Der Widerstand gegen die britische Kolonialverwaltung entwickelt sich nahezu habituell, aus einem gegebenen Gefühl der Überlegenheit. Insbesondere Dinka- und Nuer-Gemeinschaften »saw no reason why they should submit to this latest lot of ›Turks‹« (Koba Badal, 1977: 47). Diese euphemistisch »Pazifizierung« genannte Periode erstreckt sich über zwei Jahrzehnte und kann, nach über dreißig bewaffneten Expeditionen (Koba Badal, 1977: 9), erst in den 1920er-Jahren zu einem Abschluss gebracht werden. Eine noch unter dem Geist kolonialer Kontrolle geschriebene akademische Aufarbeitung dieser Periode hält fest, dass die britische Kolonialverwaltung »sought to control the multitude of diverse, who, proud of their independence, were reluctant to give up freedom in return for good government« (Collins und Herzog, 1961: 120).

Der Aufbau einer Zivilverwaltung gestaltet sich für die britischen Kolonialherren auch nach Ende der Pazifizierungskampagne schwierig. Als Grundprinzip wird am Ende des 19. Jahrhunderts für Britisch-Südafrika entwickelten Prinzip der »native administration« festgehalten. Dies hat schon den pragmatischen Grund, dass, vermutlich nicht zuletzt aufgrund der schwierigen Lebensbedingungen, kaum britische Kolonialbeamte in die Region verlegt werden. Oder, wie es ein britischer Kolonialbeamte selbst formulierte: »One of the great differences between serving as a District Commissioner in the north and serving in the south lay, and still lies to some extent, in the absence of people in the south to chat to about this and that. It was a lonely life for the white man in every way.« (Duncan, 1952: 156) In einem der Größe nach mit Kenia vergleichbaren Gebiet befinden sich im Jahr 1934 gerade einmal 42 britische Political Officers und 18 Senior Technicians (Koba Badal, 1977: 12). Im Unterschied zu anderen Regionen, in denen sich stärker zentralisierte vorkoloniale Strukturen herausbilden (wie etwa das Buganda-Königreich im südlichen Uganda), sind die Optionen für »eingeborene« Verwaltungspartner eingeschränkt. »Committed to working through native structures, British administrators often felt that they had to create suitable structures in the first place.« (Johnson, 2016a: 12)

Bei einigen Gemeinschaften können kooperationswillige, mit Autorität ausgestattete Chiefs identifiziert werden. Dies gelingt etwa bei den Zande oder bei den Überresten des seit Mitte des 19. Jahrhunderts im Niedergang befindlichen Shilluk-Königreichs. In anderen Gemeinschaften müssen solche Partner erst gefunden oder, vielmehr, konstruiert werden. »It is striking that from the very beginning of colonial administration in southern Sudan, the focus was on the construction of chiefship as the basis for local government.« (Leonardi, 2015: 41) Diese Versuche gestalten sich widersprüchlich und schwierig. Eine relevante Zahl an ernannten Chiefs erweist sich als inkompetent oder schlichtweg als Betrüger. Sie müssen ausgetauscht werden, wobei diese kontinuierlichen Wechsel in den Ernennungen selbst wieder für Konfusion und Misstrauen bei den zu Verwaltenden sorgt (Koba Badal, 1977: 51).

So notwendig Chiefs für die Kolonialverwaltung sind, sie zu identifizieren ist angesichts der segmentierten Machtstrukturen vieler Gemeinschaften mitunter unmöglich. »I have searched in vain in the writings on N.A. [Native Administration] for some help and guidance with a people like this. All the theory tacitly assumes a background of social organisation with a hierarchy of chiefs who are chiefs and not just family headmen, and who issue orders and carry them out over units far wider than the family group.«² Letztlich werden zumeist jene als Chiefs anerkannt, die bereits als Soldaten oder in der kolonialen Zivilverwaltung beschäftigt sind. Neben ihrer Fähigkeit, Steuern einzutreiben und auftretende Konflikte zu mediieren, sind gute Arabisch-Kenntnisse eine zumindest informelle Voraussetzung (Leonardi, 2015: 46).

Speziell bei den pastoralen Gemeinschaften sind derartig fixierte Chief-Rollen in dieser Zeit allerdings unbekannt. Dies ist nicht mit Anarchie oder Hierarchielosigkeit zu verwechseln. Die Ausgestaltung von Autoritätsrollen ist auch aufgrund der kleineren Gruppengrößen keineswegs verallgemeinerbar. Nur in länger andauernden Gewaltkonflikten entwickelten sich von Zeit zu Zeit einflussreiche, gemeinschaftsübergreifende Führungspersonlichkeiten (Koba Badal, 1977: 105). Die Systematisierung des Chief-Systems auf dem gesamten Territorium ist daher eine neue und erstmalige Form einer übergreifenden Institutionalisierung eines vereinheitlichten Verwaltungssystems, so rudimentär dieses auch funktioniert. Die Kolonialverwaltung

2 DC Marwood, Bor, to Governor, Upper Nile, 9 May 1938, NRO BGP 1/5/28; zitiert nach Leonardi (2015: 67).

ist gezwungen, flexibel zu agieren und auf die unterschiedlichen Lebenssituationen Rücksicht zu nehmen. So unterscheiden sich die Systeme für die sesshaften Gemeinschaften, insbesondere in Teilen Bahr el-Ghazals und Equatorias, von jenen für pastorale. Gewichtig klingende Übertitel – »head chief« oder »paramount chief« – werden zur Stärkung von Autorität und Machtausgleich vergeben. Das System funktioniert aber in vielen Distrikten derart uneffektiv, dass District Commissioner die faktische Arbeit, vorwiegend die Steuereintreibung, von den Chiefs übernehmen müssen (Rolandsen und Daly, 2016: 54).

Diese Unterschiede führen zu einem Ungleichgewicht, das die Kolonialmacht gewaltsam auszunutzen versteht. So werden leichter integrierbare Gruppen ins britische *Equatorial Corps* rekrutiert, das sich bald primär aus Equatorians, vor allem Zande, Moru, Madi und Lotuko, zusammensetzt. Dieses Corps wird primär zur Bekämpfung von Dinka- und Nuer-Aufständen eingesetzt, zum Teil in Kombination mit nordsudanesischen Truppeneinheiten. Zudem werden Menschen aus pastoralen Gemeinschaften, mit nur wenigen Ausnahmen, nicht für koloniale Verwaltungspositionen rekrutiert. Diese sich zunächst aus pragmatischen Erwägungen der Kolonialmacht ergebende Ungleichbehandlung hat später schwerwiegende Konsequenzen für den Widerstandskampf und, in weiterer Folge, für die soziopolitische Konfiguration des heutigen Südsudan.

Auch in einem anderen Bereich zeigt sich die britische Kolonialverwaltung zunächst flexibel, um dann doch wesentliche Spaltungslinien zu institutionalisieren: bei der Frage der Religion. Zurückgehend auf eine Policy des britischen Generalkonsuls in Ägypten, Lord Cromer, aus dem Jahr 1899 wird religiöse Diversität akzeptiert. Sowohl Cromer als auch Kitchener sprechen sich sogar explizit gegen die Tätigkeit christlicher Missionare im Land aus. Diese strikte Haltung weicht sich nach einigen Jahre jedoch auf. Die Lado Enklave ermöglicht bereits die Präsenz einzelner christlichen Missionen außerhalb britischer Kontrolle. Ab den 1920er-Jahren, mit dem Ende der militärischen Pazifizierung, steigt die Zahl der Missionsstationen auch in den anderen Teilen des späteren Südsudan (Rolandsen und Daly, 2016: 47). Die Missionsstationen nehmen bald eine Schlüsselrolle in der Schulerziehung ein, die von ihnen exklusiv wahrgenommen wird. Schüler der christlichen Missionen sind faktisch die einzigen, die des Lesens und Schreibens mächtig sind.

Dies hat signifikante Auswirkungen auf subjektiver Ebene, die noch Jahrzehnte später spürbar sind. Ältere Südsudanesis:innen wissen zumeist weder Geburtsdatum noch Geburtsort, es sei denn, sie stehen in Kontakt zu den

christlichen Missionen. Ein solches Beispiel ist mein mittlerweile 80-jähriger Freund Constantine, Abgeordneter für Bahr el-Ghazal im Council of States, dem südsudanesischen Oberhaus, und ehemaliger Vice Chancellor, also Rektor, der Universität von Bahr el-Ghazal. Er kennt sein präzises Geburtsdatum und Geburtsjahr, weil sein Vater in einer Missionsschule der italienischen *Missionari Comboniani* in Mbili nahe Wau tätig und damit des Schreibens mächtig war. Alle wichtigen familiären Daten hat er in einem Heft aufgezeichnet, einem Heft, das sorgsam aufbewahrt und später den Nachkommen vermacht wird. Es ersetzt ein zu dieser Zeit nicht existentes staatliches Geburtenregister. Die Möglichkeit einer solchen zeitlichen Verortung ist ein Privileg. Sie zeichnet die mit der Kolonialherrschaft einziehenden Klassenunterschiede nach, die nicht zwangsläufig mit den innerhalb der unterschiedlichen Gemeinschaften verankerten Hierarchien einhergehen.

Ab den späten 1920er-Jahren wird die britische Kolonialverwaltung im Süden immer vorsichtiger gegenüber den starken arabischen und islamischen Einflüssen aus dem Norden. Über die letztendlichen Gründe dieser Sorgen lässt sich nur spekulieren – sicher spielt das Interesse der Missionare, den Einfluss des Islam gering zu halten, eine Rolle. Ebenso kann diese Abwehrhaltung aber auch aus der politischen Angst vor Disruption durch die islamischen Einflüsse gesehen werden, wie verschiedene Arbeiten argumentieren. »The Administration's fear of what it regarded as disruptive effects of Northern Islamic influences on the pagan population was greatly reinforced by experiences in the Nuba Mountains which was in many respects similar to the Southern Sudan.« (Koba Badal, 1977: 153) Andere Erklärungsansätze sehen ein Interesse, das Image der Kolonialmacht bei der Bevölkerung im Süden zu stärken. Dazu hätten sowohl die Unterbindung des nach wie vor, speziell im Western District, also dem heutigen Greater Bahr el-Ghazal, prävalenten Menschenhandels, und die Einführung eines protektionistischen Schutzes gegenüber Händlern aus dem Norden gedient (ebd.: 147). Wahrscheinlich spielen alle die genannten Elemente eine gewisse Rolle.

Welches die genauen Motivationen der entscheidenden Akteure auch immer gewesen sein mögen, sie führen zu politischen Konsequenzen. Im Januar des Jahres 1930 beschließt die britische Kolonialverwaltung die Einführung einer sogenannten »Southern Policy«, einer Abschirmung der südlichen sudanesischen Provinzen vom Einfluss des Nordens. Dargelegt wird die neue Richtlinie in einer Erklärung des für Sudan zuständigen Civil Secretary Harold MacMichael. »The policy of the Government in the Southern Sudan is to build up-a series of self-contained racial or tribal units with structure

and organisation based, to whatever extent the requirements of equity and good government permitted upon indigenous customs, traditional usage and beliefs.« (Zitiert nach Koba Badal, 1977: 125) Die entscheidenden Teile der Policy finden sich in den letzten Passagen, vor allem in der Förderung autochthoner Bräuche, Praktiken und Vorstellungswelten. In der Tat wird die Sprachpolitik zum zentralen Element der Southern Policy. Weniger geht es jedoch um die Förderung eingesessener Sprachen. Ziel ist das Zurückdrängen des Arabischen und dessen Ersetzung durch Englisch auf allen Ebenen der kolonialen Verwaltung. Dies gestaltet sich als keine einfache Aufgabe, nicht zuletzt aufgrund der nur minimalen Möglichkeiten zur Schulbildung und des Erlernens der englischen Sprache. Weiterführende Bildung ist faktisch unbekannt, im Jahr 1944 werden gerade zwei südsudanesischen Studenten an die Makerere-Universität in Kampala geschickt (Rolandsen und Daly, 2016: 58).

Daher startet die Southern Policy flexibel und zielt zunächst nicht auf die vollständige Abkopplung des Südens von der gesamtsudanesischen Entwicklung ab. Dies zeigt sich nicht zuletzt daran, dass die Richtlinie weiten Teilen der britischen Kolonialverwaltung im Norden nicht bekannt war, selbst als die sudanesischen Eliten in Khartum deren Existenz längst wahrgenommen hatten. Nach einigen Jahren werden die Maßnahmen schärfer. Die systematische Abgrenzung wird jedoch nicht auf dem gesamten Territorium vollzogen. Der Osten des heutigen Südsudan zeigt sich, nicht zuletzt bedingt durch die langjährige Präsenz des Shilluk-Königreiches und die generell gegenüber äußeren Einflüssen nicht sonderlich aufgeschlossenen Nuer-Gemeinschaften einer potenziellen »Arabisierung« gegenüber ohnehin wenig empfänglich. So konzentriert sich die Southern Policy bald auf den Western District, speziell auf die Grenze zwischen Bahr el-Ghazal und Dar Fur. Hier sind die Maßnahmen allerdings einschneidend. Eine Demarkationslinie wird bei 8°45' Nord eingezogen und alle Bewegungen zwischen Norden und Süden werden unterbunden. Zunächst wird es Händlern aus dem Norden nur untersagt, auf den Märkten arabische Kleidung zum Verkauf anzubieten. Bald dürfen sie die Märkte nicht mehr besuchen. Auch jede pastorale Migration über die eingezogene Grenzlinie wird unterbunden, im Zweifelsfall mit militärischen Mitteln.

Ein unbestreitbar mit dieser strikten Umsetzung der Southern Policy zusammenhängender Faktor ist die Unterbindung der Menschenjagden durch Baggara-Stämme aus Dar Fur, die sich seit Jahrzehnten gegen die in Bahr el-Ghazal ansässigen Dinka richten. Allerdings ist das keine hinreichende Erklä-

rung für die vollkommene Abschottung des Western District. Eine in der Literatur immer wieder zu findende Argumentation ist das Interesse der britischen Kolonialmacht, den Süden des Sudan aufgrund seiner angenommenen distinkt »afrikanischen« Tradition in die Territorien des ehemaligen Britisch-Ostafrika, zu diesem Zeitpunkt das heutige Kenia und Uganda, zu integrieren. Wenngleich die Southern Policy jedenfalls darauf abzielt, die sich bis heute haltende binäre Unterscheidung zwischen »afrikanischer« und »arabischer« Prägung von Süd- und Nordsudan im breiteren Diskurs zu verankern, ist dieses politische Ziel nicht belegt. Vielmehr mögen zum Teil selbst unbewusste Motivationen bei der Entwicklung und Implementierung der Policy eine Rolle gespielt haben. »Southern Policy both represented and was subordinated to the fetishes and taboos of Indirect Rule.« (Rolandsen Daly, 2016: 51)

Die faktischen Auswirkungen der Southern Policy sind unterschiedlich. Einerseits sind sie für den überwiegenden Teil der Bevölkerung im südlichen Sudan nicht unmittelbar spürbar, weil diese Gemeinschaften, gerade im Osten und im Süden des Landes, ohnehin keinen nachhaltigen arabischen Einflüssen ausgesetzt sind. Im Unterschied zu den Gemeinschaften in Greater Bahr el-Ghazal werden sie auch nicht zu Zielen organisierter Menschenjagden von arabischen Stämmen. Zugleich ist die langfristige politische Wirkung der Richtlinie, insbesondere auf diskursiver Ebene, nicht zu vernachlässigen. Diese Wirkungen sind nachhaltig, obwohl die Policy nur knapp über 15 Jahre aufrechterhalten und im Jahr 1946 bereits wieder widerrufen wird. Während der sudanesischer antikolonialer Diskurs die Southern Policy als eine gezielte Spaltung und Schwächung der zukünftigen sudanesischen Nation darstellt, ist die Diskussion im Süden differenzierter. Unbestritten ist, dass die Southern Policy die ohnehin prekäre Ausbildungssituation verschärft, in dem sie arabische Schulbildung unterbindet und nur minimal mit meistens durch Missionen organisiertem englischsprachigen Unterricht kompensiert. Diese strukturelle Benachteiligung (Nyaba, 2019: 21), die auch auf die ideologische Promotion christlicher und westlicher Werte zurückgeführt wird (Wai, 1980: 379), ist noch lange zu spüren. Zugleich wird aber der Schutz vor den Sklavenjagden als eine positive Konsequenz hervorgehoben (ebd.).

Die Aufgabe der Southern Policy im Jahr 1946 ist die letztendliche Akzeptanz der Kolonialmacht, dass die Zukunft des südlichen Sudan in einer Anbindung an den Norden liegt. Der neue Civil Secretary, James Wilson Robertson, legt dies in einer formalen, allerdings geheimen politischen Vorgabe fest (Daly, 1990: 237). Demnach wäre die Zukunft des südlichen Sudan »inextricably

bound for future development to the middle-eastern and arabicised Northern Sudan«.

Diese Entscheidung markiert jedoch nicht das Ende der politischen Schwierigkeiten. Vielmehr ist die letzte Dekade vor der sudanesischen Unabhängigkeit von Auseinandersetzungen innerhalb der britischen Kolonialverwaltung geprägt, wie mit dem Süden zu verfahren sei, und welche Art und Dimension von Unterstützung vor der Eingliederung in die nord-sudanesischen Strukturen notwendig wären. Diese Unklarheiten sind der eigentliche Beginn des bald oft zitierten »Southern Problem« (Allen, 1989; Rolandsen und Daly, 2016: 58). Im Kern geht es um die Frage, wie als Kolonialverwaltung mit einer Region zu verfahren sei, die sich über Jahrzehnte als schwer kontrollier- und entwickelbar erwiesen hat, zugleich aber als Gesamtregion keine politische und ökonomische Eigenständigkeit verwirklichen kann. Eine regionale Eigenständigkeit scheitert schon allein deswegen, weil seitens der meisten im Land lebenden Gemeinschaften überhaupt kein Interesse besteht.

Eine sich als »gut« generierende Kolonialmacht bindet die Betroffenen in die Entscheidungsfindung ein, und sei es nur, um ihre eigenen Unklarheiten zu beseitigen. Mit sehr kurzer Vorlaufzeit wird im Juni 1947 eine Konferenz in Juba angesetzt, die die Klärung der Rolle des südlichen Sudan in der zukünftigen politischen Machtkonstellation in der Region herbeiführen soll. Offizieller und inoffizieller Zweck der Juba Conference, deklariert als eine »southern administrative conference«, unterscheiden sich markant. Während die formale Agenda offen gestaltet ist und breit und ohne Vorgaben über die Entwicklungswege des Südens zu verhandeln verspricht, ist die Anbindung des Südens an den Norden von der britischen Kolonialverwaltung faktisch bereits beschlossene Sache (Daly, 1990: 240).

Es besteht Grund zur Eile. Zur gleichen Zeit unternimmt Ägypten einen Anlauf über die Vereinten Nationen, die Einheit des Niltals als international anerkannte postkoloniale Situation zu verankern. Der ägyptische Premierminister Mahmud al-Nuqrashi vertritt diese prononcierte Position, die den britischen Interessen entgegenläuft und jedenfalls diametral gegen die politischen Ziele der sudanesischen Nationalbewegung gerichtet ist. Er benutzt dafür eine antikoloniale Rhetorik, die die ägyptisch-sudanesischen Einheit als den »common interest and aspiration of its people« bezeichnet. Überhaupt sieht er die britische Anerkennung der sudanesischen Position gegenüber Ägypten als »discrediting Egypt and the Egyptians; creating discord between them and the Sudanese and dissensions among the Sudanese themselves;

instigating and encouraging artificial separatist movements« (zitiert nach Ginat, 2017: 114). Paradoxerweise ist es just diese diplomatische Offensive Ägyptens, die die britische Kolonialverwaltung zur formellen Aufwertung der südsudanesischen Position motiviert. Naturgemäß geht es um eine Aufwertung im geopolitischen Interesse der Kolonialmacht, also um eine Anbindung an die nordsudanesischen Position zum Zwecke der Schwächung der ägyptischen Ambitionen. »[T]he Foreign Office wanted a new assembly before Egypt brought its case to the UN, so that a unified Sudanese voice might be heard.« (Daly, 1990: 239)

Die kurzfristige Anberaumung der Juba Conference führt zu einer relevanten Zahl an praktischen Problemen. Die größte Schwierigkeit stellt die Identifizierung geeigneter Delegierter dar, die in einer für die britischen Interessen geeigneten Weise für die Interessen des Südens zu sprechen in der Lage sind. Und diese Interessen sind in sich selbst widersprüchlich. Es geht gleichzeitig, aus geopolitischer Kalkulation, um eine Anbindung des Südens an den Nordsudan und, aus Sichtweise des kolonialen Entwicklungsethos, um die Garantie eines eigenständigen Weges, der gegenüber den nördlichen Hegemonialbestrebungen abgeschirmt bleiben soll. Zur reibungslosen Verständigung ist es daher notwendig, Delegierte zu benennen, die sowohl Englisch als auch Arabisch sprechen und in ihren Interessen diesen Widerspruch in ausgeglichener Weise repräsentieren. Schlussendlich nimmt gegenüber sechs Briten und fünf sudanesischen Repräsentanten aus Khartum eine südsudanesischen Delegation teil, die von einem Kontingent aus Equatoria dominiert ist: sechs Chiefs, fünf Vertreter der Kolonialverwaltung, zwei Missionare, ein Offizier, dazu kommen ein Chief der Bor Dinka aus Jonglei, und zwei Chiefs aus Upper Nile, ein Shilluk und ein Nuer. Der gesamte Western District, das eigentliche Zentrum der gerade eingestellten Southern Policy, ist bei der Konferenz nicht vertreten.

Die zweitägige Veranstaltung folgt keiner formalen Agenda. Die Diskussionen des ersten Tages entwickeln sich entlang nahezu ironisch anmutender Argumentationsmuster, die die inneren Widersprüche der britischen Administration wie auch die schwierige politische Lage der südlichen Repräsentanten widerspiegeln (vgl. de Vries und Schomerus, 2017: 31). Während die Vertreter aus Khartum darauf pochen, der Süden sei reif für eine Selbstverwaltung und könne daher, selbstredend, einem bald unabhängig werdenden Sudan guten Gewissens angegliedert werden, argumentieren die Vertreter der südlichen Distrikte dagegen. Am zweiten Tag ändert sich die südliche Position diametral. Dies hat die wiederum absurde Folge, dass die Konferenz oh-

ne verbindliche Schlussfolgerungen hinsichtlich etwaiger Absicherungs- und Unterstützungsmechanismen für den Süden zu Ende geht.

Eine Angliederung an den Norden steht ohnehin nie ernsthaft infrage. Die Konferenz konnte daher nie in der Lage sein, unmittelbare praktische Implikationen zu entfalten. Dennoch ist die langfristige Wirkung des Treffens nicht zu unterschätzen. Erstmals ist der Süden als ein Gemeinwesen auf einer formellen Bühne präsent. Und ebenfalls zum ersten Mal werden als unterschiedlich eingestufte Interessen des Nordens und des Südens des Sudan explizit dargelegt und verhandelt.

Wenige Jahre später wird der von der sudanesischen Nationalbewegung, dominiert von der islamischen Umma-Partei, portierte Traum der Unabhängigkeit immer realistischer. Mit dem überragenden Wahlsieg der nationalistischen Wafd-Partei in Ägypten im Januar 1950 radikalisiert sich zudem die ägyptische Sudan-Politik. Sie richtet sich immer entschiedener gegen die britische Kolonialmacht, der sie eine Unterminierung des Kondominium-Vertrages und praktische Erfolglosigkeit, insbesondere im Erziehungssektor, vorwirft. Es kommt zu einigen fruchtlosen Verhandlungsrunden, in der sich beide Positionen immer wieder annähern, ohne zu einer Einigung zu kommen. Schließlich entscheidet sich die Wafd-Regierung am 8. Oktober 1951, das im Britisch-Ägyptischen Vertrag von 1936 bestätigte Kondominium von 1899 unilateral aufzulösen (Ginat, 2017: 192). Als Konsequenz deklariert Großbritannien den Sudan am 18. Oktober 1951 als Trusteeship für eine Periode von drei Jahren, an deren Ende die Bestimmung des finalen Status liegen soll. Doch diese Lösung währt nur kurz. Schon wenige Monate später, im Januar 1952, zerbricht die Wafd-Regierung. Am 23. Juli 1952 wird die nachfolgende Übergangsregierung vom Putsch der Freien Offiziere, der letztlich Gamal Abdel Nasser an die Macht spülen wird, gestürzt.

Trotz ihrer antiimperialistischen Haltung nähert sich die Putsch-Regierung in der Sudan-Frage der britischen Position an. Sie ist motiviert durch das Ziel, den britischen Imperialismus ein für alle Mal aus der Region zu vertreiben, selbst zum Preis einer sudanesischen Unabhängigkeit (ebd.: 198). Am 12. Februar 1953 unterzeichnen Ägypten und das Vereinigte Königreich in Kairo einen Vertrag zu »Self-Government and Self-Determination for the Sudan«, der die Basis der sudanesischen Unabhängigkeit bilden wird. In Artikel 7 setzt der Vertrag eine siebenköpfige »mixed electoral commission« ein, bestehend aus drei sudanesischen Vertreter:innen, zu ernennen vom Governor-General, Robert George Howe. Zu berufen sind jeweils ein oder eine Staatsbürger:in Ägyptens, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten

und Indiens, wobei Indien der Vorsitz zukommt. Laut Artikel 11 verpflichten sich sowohl Ägypten als auch die britische Kolonialmacht, unmittelbar nach der Anerkennung der Selbstbestimmung durch das sudanesisches Parlament alle Truppen aus dem Sudan zurückzuziehen. Im Zuge einer maximal dreijährigen Transitionsphase soll die einzusetzende sudanesisches verfassungsgebende Versammlung laut Artikel 9 über den Status des Sudan entscheiden: entweder eine Anbindung an Ägypten, oder vollständige Unabhängigkeit – ein Vertragsmodell, das frappant an das 2005 unterzeichnete CPA zwischen Sudan und der SPLA/M erinnert (Rolandsen und Daly, 2016: 66).

Die Frage des Südens streift der Vertrag nur an einer Stelle, ebenfalls in besagtem Artikel 9. Die verfassungsgebende Versammlung »will be to decide the future of the Sudan as one integral whole«. Weitere Bestimmungen zu einem etwaigen besonderen Status des Südens oder der Form seiner Eingliederung in einen unabhängigen Sudan finden sich nicht. Weder die sudanesisches noch die ägyptische Seite zeigten daran Interesse. Dementsprechend trifft die Unabhängigkeit in der kleinen politischen Szene des Südens auf gemischte Gefühle, die unvermeidlich in enttäuschte Erwartungshaltungen umschlagen werden. »The cause was reluctantly supported by the South, which stipulated federalism and guarantees for the region as conditions for endorsing independence. The South opted for independence on the basis of Northern reassurances that their concerns would be given »serious consideration«. However, the North quickly reneged on promises to Southerners and stepped into the British colonial shoes.« (Deng, 2005: 6)

Wirkungen des Kolonialismus

Die Entwicklung des, je nach Sichtweise, südsudanesischen Widerstands- oder Befreiungskampfes ist eng mit dem durch das Kolonialregime verankerten binären Narrativ der angeblich »afrikanischen« und »arabischen« Identitäten der jeweiligen Regionen verknüpft. Natürlich beruht dieses Narrativ auf verschiedenen Erscheinungsformen. Es spiegelt die Phasen einer mitunter brutalen Eindringung ägyptischer Kolonialtruppen und arabischer Stämme wider. Ebenso beruht es auf der Wahrnehmung der später von wechselnden Zentralregierungen in Khartum brutal vorangetriebenen Sudanisierungspolitik.